



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die

Die politische Lage in Deutschland
Konsequenter Kinder- und Jugendschutz
Gemeinsame Verantwortung – gemeinsames Handeln

In den vergangenen Tagen und Wochen hat der Fall des ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy die Öffentlichkeit bewegt. Die Große Koalition ist durch das Verhalten der SPD in Folge der Ereignisse in eine schwierige Lage geraten. Es ist außerordentlich bitter, dass das Verhalten der SPD zum Rücktritt unseres Bundesministers Dr. Hans-Peter Friedrich geführt hat. Wir danken Hans-Peter Friedrich für seine Arbeit als Bundesminister, die er an verantwortlicher Stelle für Deutschland und die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes geleistet hat.

Die SPD hat nicht nur Vertraulichkeit gebrochen, sondern sich auch in einer Reihe von nicht akzeptablen Widersprüchen verstrickt. Diese müssen jetzt alle aufgeklärt werden. Die SPD ist am Zug. Wir werden als Rechtsstaatspartei alles daran setzen, dass bei der Klärung der offenen Fragen keine Zweifel bleiben. Es liegt nun tatsächlich an der SPD, angeschlagenes Vertrauen wieder herzustellen.

Eine Reihe von Fragen richtet sich aber auch an die Justizbehörden in Niedersachsen. Auch hier muss auf ebenso rasche wie schonungslose Aufklärung gedrungen werden.

Vor allem ist es aber an der Zeit, auch die Opfer, nämlich die Kinder und Jugendlichen, bei der aktuellen Diskussion in den Blick zu nehmen. Angesichts des Falles Edathy wird derzeit diskutiert, ob sogenannte „Posing-Fotos“ von Kindern und Jugendlichen legal sind. Dass der Besitz von Film- und Fotosets mit unbekleideten Kindern und Jugendlichen in Deutschland grundsätzlich als „legal“ eingestuft wird, ist im Sinne des Schutzes von Kindern zu hinterfragen. Wir werden deshalb prüfen, ob unser Strafrecht angepasst werden muss. Wir haben eine Untersuchung in Auftrag gegeben, um unser Rechtssystem mit Blick auf Kinderpornographie und „Posing“ mit dem anderer Länder zu vergleichen. Auch die Strafverfolgung muss überprüft und international angepasst werden.

Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir das Bundeskinderschutzgesetz eingeführt, das zum 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist und den Kinderschutz in Deutschland maßgeblich verbessert hat. Das Bundeskinderschutzgesetz setzt auf Prävention und Intervention. Diesen Ansatz werden wir auch weiterhin verfolgen. Unser aller Ziel muss ein konsequenter und nachhaltiger Kinder- und Jugendschutz sein. Mit dem Körper minderjähriger Kinder dürfen keine Geschäfte gemacht werden. Kinder dürfen nicht zu Objekten sexueller Neigungen werden. Deswegen ist die Bagatelisierung der Fotos unsäglich.

Trotz der Belastung in der Großen Koalition wissen gerade wir als Union um die Verantwortung für unser Land. Wir haben große Herausforderungen in Europa und bei der Frage von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Wir müssen alles daran setzen, dass die gute wirtschaftliche Lage unseres Landes und die damit verbundene gute Situation auf dem Arbeitsmarkt erhalten bleiben. Nur so werden wir unser Ziel erreichen, dass es den Menschen in vier Jahren besser geht.

Bei einem weiteren sehr wichtigen Thema haben wir in dieser Woche mit einem gemeinsamen Antrag aller vier Fraktionen die Empfehlungen des Untersuchungsausschusses zur „Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund“ aus

der vergangenen Wahlperiode wieder aufgegriffen und bekräftigt. Der Bundestag hatte den Abschlussbericht am 2. September 2013 einstimmig angenommen und sich damit hinter die gemeinsam erarbeiteten Empfehlungen im Bewertungsteil gestellt. Ein solcher einvernehmlich erstellter Abschlussbericht ist einmalig in der Geschichte des Deutschen Bundestages. Das unterstreicht die gemeinsame Verantwortung, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um jede Form von Extremismus und Ausländerfeindlichkeit in unserem Land konsequent zu bekämpfen. Mit dem Antrag setzen wir diese Aufgabe auf die Agenda der 18. Wahlperiode, so wie wir es im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

Wir begrüßen die Absicht der Bundesregierung, im Dialog mit den Ländern Wege für die Umsetzung der Empfehlungen auch für den Zuständigkeitsbereich der Länder und ihrer Behörden zu erarbeiten. Die Ausschüsse des Deutschen Bundestages werden sich kontinuierlich und mit Nachdruck für die Umsetzung der Empfehlungen einsetzen. Die Fraktionen im Deutschen Bundestag werden dies im Rahmen der Gespräche unterstützen, die sie regelmäßig mit Fraktionen in den Landtagen führen.

Jahresbericht Deutsche Einheit.

Das Jahr 2014 erinnert uns nicht nur an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren oder den Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren. Vielmehr ist es nun auch schon wieder ein Vierteljahrhundert her, dass der Umbruch in Osteuropa seinen unaufhaltsamen Lauf nahm – auch im geteilten Deutschland. Erinnern wir uns der mutigen Demokraten in der DDR, denen es gelang, im Mai 1989 die verlogene Fälschung des Kommunalwahlergebnisses durch Verantwortliche der SED aufzuzeigen. Ein Meilenstein ebenso wie die Massenflucht von etwa 700 DDR-Bürgern während des „Panneuropäischen Frühstückes“ bei Sopron am 19. August 1989. Wenig später fiel die Mauer, nicht einmal ein Jahr danach war Deutschland wiedervereint.

Dass die Wiedervereinigung – von einigen Bremsern zweifelt bekämpft – eine große und kaum überschaubare Aufgabe für das ganze Deutschland wurde, hat seinerzeit den Gang der Geschichte nicht aufhalten können. Heute, fast 25 Jahre nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit, beschreibt der Jahresbericht der Bundesregierung zur Deutschen Einheit konkret die erreichten Erfolge, benennt aber auch nüchtern die noch bestehenden Probleme.

Während der materielle Wohlstand enorm zugelegt hat, gibt es nach wie vor spürbare Unterschiede in der Wirtschaftskraft je Einwohner sowie bei den Löhnen und Gehältern. Zwar ist die Arbeitslosenquote in den neuen Ländern auf den niedrigsten Stand seit gut 20 Jahren gefallen, sie liegt aber immer noch deutlich über dem westdeutschen Niveau. Also müssen Wachstumsdynamik, Innovationskraft und Internationalisierung der Wirtschaft in den neuen Ländern weiter gestärkt werden, so wie wir es etwa durch den bis 2019 laufenden Solidarpakt II oder die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) tun. Die Deutsche Einheit ist erreicht, dennoch bleibt noch viel zu tun, sie zu vollenden.

Die Woche im Parlament

Bekräftigung der Empfehlungen des 2. Untersuchungsausschusses der 17. Wahlperiode „Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund“. Wir haben den gemeinsamen Antrag aller vier Fraktionen beraten, mit dem sich der 18. Bundestag die Ergebnisse und Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses aus der letzten Wahlperiode zu eigen macht. Wir lassen in der Umsetzung der Handlungsempfehlungen nicht nach.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungsgruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 2120 (2013) vom 10. Oktober 2013 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Wir stimmten in namentlicher Abstimmung dem Antrag der Bundesregierung zu, der eine Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungsgruppe in Afghanistan (ISAF) bis zum 31. Dezember 2014 vorsieht. Das deutsche Kontingent kann bis zu 3.300 Soldaten umfassen, einschließlich der Rückverlegungskräfte. Die ISAF wird im laufenden Jahr schrittweise die Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte übertragen. Die Bundeswehr bleibt bis dahin weiterhin ein zuverlässiger Partner in der Gewährung von Sicherheit für die friedliche zivile Entwicklung des Landes. Ihr Einsatz zeigt Erfolg, wie der Bericht der Bundesregierung aufzeigt – die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich während des Einsatzes stetig verbessert.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten militärischen Ausbildungsmission EUTM Mali auf Grundlage des Ersuchens der malischen Regierung sowie der Beschlüsse 2013/34/GASP und 2013/87/GASP des Rates der Europäischen Union (EU) vom 17. Januar 2013 und vom 18. Februar 2013 in Verbindung mit den Resolutionen 2071 (2012), 2085 (2012) und 2100 (2013) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Wir beschlossen auf Antrag der Bundesregierung in einer namentlichen Abstimmung die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Ausbildungsmission in Mali. Das Mandat läuft bis zum 28. Februar 2015. Aufbauend auf dem bisherigen Erfolg dieser Ausbildungsmission, soll die Zahl der Ausbilder erhöht und die Personalobergrenze von 180 auf 250 Soldaten angehoben werden. Unser stärkeres Engagement dient der Befähigung der malischen Streitkräfte gegen die stark angewachsene Gefahr durch terroristische Gruppierungen in Mali. Eine Stabilisierung der Lage zeichnet sich bereits ab.

Einsetzung des parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung. Wir haben der Einsetzung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung zugestimmt und erfüllen damit einen weiteren Punkt aus unserem Koalitionsvertrag.

Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (14. SGB V-Änderungsgesetz - 14. SGB V-ÄndG). In 2./3. Beratung haben wir uns mit der Preisbildung für Arzneimittel befasst. Das Preismoratorium für Arzneimittel und der Herstellerrabatt für verschreibungspflichtige Arzneimittel werden fortgeführt. Das Gesetz stellt weiterhin Aspekte der Nutzenbewertung klar und regelt die zukünftige Preisbildung für neue Wirkstoffe. Außerdem regeln wir die Weiterentwicklung der hausarztzentrierten Versorgung unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit.

Gesetz zur Festsetzung der Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung für das Jahr 2014 (Beitragssatzgesetz 2014). Zur Gewährleistung von Kontinuität und Planungssicherheit haben wir in 2./3. Lesung die Beitragssätze für 2014 auf der bisherigen Höhe festgelegt.

Gesetz zur Änderung des Schulobstgesetzes. Das seit 2009 bestehende EU-Schulobstprogramm ist Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik. Es soll Kindern und Jugendlichen die Bedeutung von Obst und Gemüse für die Ernährung bewusst machen. Wir beschließen in 2./3. Beratung die Erhöhung des Kostenanteils für die EU von 50 auf 75 %, wodurch teilnehmende Länder schon im Schuljahr 2014/2015 von geringeren Eigenanteilen profitieren können.

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes. Wir haben in 2./3. Beratung eine umfassende Reform des Abgeordnetenrechts beschlossen. So werden die Diäten an das seit 1995 vorgesehene Niveau angehoben, ihre Anpassung künftig an die Lohnentwicklung der Beschäftigten gekoppelt und zugleich Einschnitte bei der Versorgung vorgenommen. Die Maßnahmen folgen im Wesentlichen den Vorschlägen einer Unabhängigen Expertenkommission.

Strafrechtsänderungsgesetz - Erweiterung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung. Wie im Koalitionsvertrag zugesagt, erfassen wir durch eine Ergänzung des Strafbuchkorruptive Verhaltensweisen von und gegenüber Mandatsträgern. Über den bisher schon strafbaren Stimmenkauf hinaus werden nun auch ungerechtfertigte Vorteile erfasst, die als Gegenleistung für eine mandatsbezogene Handlung oder Unterlassung im Auftrag oder auf Weisung des Vorteilsgebers gefordert, vereinbart oder angenommen werden. Das Gesetz setzt internationale Verpflichtungen um, die die damalige rot-grüne Bundesregierung eingegangen war.

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2013. Der Bericht weist fast 25 Jahre nach Erlangung der Deutschen Einheit auf Fortschritte, aber auch auf die noch zu leistende Arbeit, hin.

Tourismuspolitischer Bericht der Bundesregierung. Der bereits am 22. Mai 2013 durch das damalige Bundeskabinett beschlossene Bericht unterstreicht die hohe Bedeutung des Tourismus für nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche. Eine Studie belegt den ökonomischen Stellenwert des Tourismus für die deutsche Wirtschaft. So hängen etwa 2,9 Mio. Erwerbstätige und 280 Mrd. Euro Wertschöpfung an diesem Wirtschaftszweig. Erfreulich ist, dass Deutschland bei den Gästeübernachtungen doppelt so viel zulegen konnte wie der europäische und weltweite Durchschnitt. Der Bericht verdeutlicht auch, dass eine bessere touristische Erschließung oft eine besondere Chance für ländliche Räume darstellt.

Daten und Fakten

Mehr Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe. Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes mit 50 und mehr Beschäftigten hatten Ende 2013 insgesamt 5,3 Mio. Personen in Lohn und Brot. Das waren 0,7 % mehr als ein Jahr zuvor – oder um es greifbarer auszudrücken: 39.000 Menschen fanden hier eine neue Anstellung. Am stärksten stiegen die Beschäftigtenzahlen in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+2,1 %) und in der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (+1,4 %). Verringert hat sich hingegen die Zahl der Beschäftigten in der Metallerzeugung und -bearbeitung (-0,9 %) sowie in der Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (-0,7 %).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Deutschlandtourismus erreicht Rekordwert. Mit 410,8 Mio. Übernachtungen von in- und ausländischen Gästen in deutschen Beherbergungsbetrieben wurde 2013 ein neuer Rekordwert erreicht. Die Zahl stieg im Vergleich zum Vorjahr um 1 %. Während die Zahl von Übernachtungen inländischer Gäste nahezu konstant bei 339,2 Mio. lag, stieg die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland um 4 % auf 71,6 Mio..

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

 Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:

Enak Ferlemann MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de

Internet: www.lg-nds.de